Kölner Stadt-Anzeiger
WWW.KSTA.DE

29.11.2006
Ressort: LO

STADT DER ZUKUNFT, ZUKUNFT DER STADT / Folge 5: Integration

Mit vereinten Kräften

Problem oder Chance? Köln bleibt eine Stadt für Zuwanderer - Ein kraftvolles Integrationskonzept fehlt

Köln wächst. Nicht weil sich die Kölner mehr vermehren als andere, sondern weil weiterhin viele Menschen in die Stadt ziehen. So steigt auch der Anteil der Kölner mit Migrationshintergrund weiter an. In einigen Stadtteilen liegt er schon heute über 70 Prozent. Viele Jugendliche, die das Potenzial für die Zukunft der Stadt sein könnten, sitzen schlecht ausgebildet und arbeitslos zu Hause. Es rächen sich die schweren Fehler der Vergangenheit. Experten fordern neue Initiativen.

VON HELMUT FRANGENBERG UND STEFAN WORRING (BILD)

Schon heute leben über 313 000 Menschen mit Migrationshintergrund in Köln: Ausländer, Eingebürgerte, Aussiedler, Kinder aus Migrantenfamilien. Der klassische Ausländerbegriff hilft nicht viel, wenn man in die Zukunft schaut. Rein statistisch gesehen dürfte die Zahl der Ausländer sogar zurückgehen, die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund dagegen nicht. "Schreibt man die heutigen Zahlen schematisch fort und lässt sie rein rechnerisch altern, ergäbe sich für das Jahr 2025 ein Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund von etwa 38 Prozent", schreibt die Stadtverwaltung.

Trotz des hohen Anteils an Migranten gibt es in Köln bislang keine Leitlinien für die Integrationspolitik. Die Diskussion über ein ressortübergreifendes Integrationskonzept hat gerade erst begonnen. Dabei sind sich die beteiligten Dezernate und Ämter der Stadt in einer entscheidenden Grundfrage noch uneins: Soll man die Herausbildung von "Ausländer-Quartieren" und somit eine ethnische Segregation (Aufspaltung nach Herkunft) akzeptieren? Städte wie München oder Münster halten dagegen, wollen weiterhin ein möglichst große Mischung in der Stadt. Viele Kommunen machen es anders.

Segregation kann helfen

Acht von ihnen beteiligen sich an einem Praxis-Netzwerk, das die Darmstädter Schader-Stiftung zusammen mit dem Städtetag, dem Bildungsministerium des Bundes und anderen Partnern durchführt. Die Stiftung hat viele gelungene Projekte dokumentiert. In allen Fällen wurde der Gedanken der Mischung aufgegeben. "Segregation kann die Integration sogar erleichtern", sagt Sybille Münch vom Leipziger Institut für Länderkunde. Eine homogene Nachbarschaft helfe bei der Partizipation sowie beim Aufbau einer "Migrantenökonomie", die Arbeit schaffe. Doch es gibt Grenzen: "Ethnisch geprägte Stadtteile können ein Netz, aber eben auch ein Käfig sein."

Für die Experten rund um das Projekt der Schader-Stiftung liegt der Schlüssel für eine bessere Integration im "Quartiersmanagement". "Man kann Bevölkerungsgruppen, die zuvor als schwer erreichbar galten, in die Stadtteilentwicklung miteinbeziehen", sagt Emine Basaran, die in einem Viertel des Berliner Stadtteils Friedrichshain arbeitet. Sie hat das

Projekt "Imece", was so viel heißt wie "Gemeinschaftsarbeit mit vereinten Kräften", mit türkischstämmigen Bewohnern zum Erfolg geführt und dabei Beteiligungsmodelle genutzt, die auf die Bevölkerung abgestimmt sind.

Werbung für Problemviertel

Das "Quartiersmanagement" hat dem Viertel zu einer eigenen Identität mit positivem Image verholfen. Das schaffe Selbstbewusstsein, das man dann für ein "quartiersbezogenes Standortmarketing" nutzen könne. Neben den nötigen Fördermitteln hat sicher auch geholfen, dass die "Quartiersmanagerin", übrigens keine klassische Sozialarbeiterin, sondern eine diplomierte Stadt- und Regionalplanerin, aus demselben Sprach- und Kulturkreis kommt wie diejenigen, die sie aktivieren sollte. In einem Viertel, das viele verschiedene Nationalitäten vereint, wäre das wohl kaum möglich gewesen. Eine Investition in Partizipation zahle sich aus, sagt Gudrun Kirchhoff von der Schader-Stiftung. Die Eigenverantwortung wachse, das Viertel stabilisiere sich, die Kriminalität gehe zurück.

Schule als Bürgerzentrum

Nach Einschätzung von Münch und Kirchhoff müssen die Schulen eine zentrale Rolle übernehmen. Hier liege "der Schlüssel zur Integration und späterem sozialen Aufstieg", so Münch. Früher sei die Integration vor allem über den Arbeitsplatz gelaufen. "Das ging sogar mit schlechtem Deutsch." Heute funktioniere das nicht mehr.

In Nürnberg hat eine Stabsstelle die Öffnung von Schulen, ihre Vernetzung mit dem Stadtteil und neue Projekte vorangetrieben. In Berlin-Neukölln begleiten geschulte, aber ehrenamtlich tätige "Stadtteilmütter" andere Eltern mit Erziehungsberatung und Angeboten zur Familienhilfe. "Schule darf kein hermetisch abgeriegelter Raum mehr sein", sagt Kirchhoff. "Sie muss sich zum Bürgerzentrum entwickeln."

Auch Kindergärten können zu solch einem zentralen Punkt werden. In Berlin-Friedrichshain, wo auch ein "Netzwerk für Bildung im Stadtteil" entstand, sind nicht nur alle Schulen, sondern auch alle Kindertagesstätten an der "Bildungsoffensive Wrangelkiez" beteiligt.

Zweiter wichtiger Baustein für ein Integrationskonzept müsste nach Meinung von Kirchhoff eine konsequente und gezielte Förderung der Migrantenökonomie sein. Existenzgründungen wie auch bestehende Unternehmen müssen unterstützt werden, damit sie Leute einstellen. Die Hoffnung: Mehr Unternehmen, die Migranten führen, bringen mehr Jobs für arbeitslose ausländische Jugendliche.

Lehrstellen für Jugendliche

In Mannheim haben sich schon vor zehn Jahren einzelne Betriebe, die allein nicht ausbilden durften oder wollten, mit dem Einzelhandelsverband und einem interkulturellen Bildungszentrum zu einem Ausbildungsverbund zusammengeschlossen. Hundert ausländische Firmen, bei denen es vorher keine Lehrstellen gab, haben sich durch den Verbund als Ausbildungsbetriebe etabliert.

Für die Gestaltung des Wohnumfeldes fordern die Expertinnen Maßnahmen zur Stabilisierung des Stadtteils: eine möglichst gemischte Nutzung der Viertel für Leben, Freizeit und Arbeiten, die Wiederentdeckung der Concierge für Hochhäuser und Großsiedlungen oder eine Attraktivierung der öffentlichen Räume aber auch der Wohnanlagen durch Spielplätze, Mietergärten, Terrassen, neue Beleuchtung und abschließbare Höfe.

Pause für runde Tische

Wichtig sei es, die Vielzahl von Aktivitäten, die oft nebeneinander, unkoordiniert oder sogar konkurrierend stattfinden, unter einen Hut zu bekommen. Mönchengladbach hat nach solch "vernünftigen Strukturen" gesucht und schmückt sich heute mit dem Slogan "Mönchengladbach - die Integrative". Die Stadt hat eine Bestandsaufnahme aller Aktivitäten von 140 verschiedenen Akteuren hinter sich. Alle Maßnahmen sollten aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Das Besondere: Alle bestehenden Netzwerke und runden Tische haben ihre Arbeit befristet ausgesetzt und sich neun Facharbeitskreisen untergeordnet. Raus gekommen sind mehr als 100 Empfehlungen zur "Optimierung der Arbeit".

Öffnung der Verwaltung

Einige ganz praktische Dinge wurden kurzfristig auf den Weg gebracht: Über eine Internetplattform mit einem "Integrationskompass" informieren alle Träger über ihre Angebote. Es gibt eine Sprachkursdatenbank, mehrsprachige Informationen, neue Angebote in den Stadtteilen und eine nach Worten des zuständigen Sozialplaners Klaus Schmitz "interkulturelle Öffnung der Verwaltung". Man habe durch Weiterbildung die Kompetenz der Verwaltung verbessert und so "ein wenig mehr Verständnis und Akzeptanz" geschaffen. "Integration ist eine Querschnittsaufgabe, alle Maßnahmen müssen Teil der normalen Arbeit einer Verwaltung oder eines freien Trägers sein", sagt Kirchhoff. Und: "Man muss wissen, mit wem man es zu tun hat. Wir wissen noch zu wenig über die Zuwanderer-Communities."

Schule der Zukunft

Die Schader-Stiftung dokumentiert die Ergebnisse und Erfahrungen ihres Projekts im Internet mit zahlreichen Pdf-Dateien mit Praxisbeispielen zum Herunterladen.

www.Zuwanderer-in-der-Stadt.de

Interessante Artikel zur Frage, ob man die Segregation akzeptieren soll oder nicht, finden sich genau wie Texte zum demographischen Wandel in der "Kommunalpolitischen Infothek" der Heinrich-Böll-Stiftung, Stichwort "Stadtentwicklung".

www.kommunale-info.de

Alle Artikel unserer Serie "Stadt der Zukunft - Zukunft der Stadt" sind im Online-Angebot des "Kölner Stadt-Anzeiger" nachzulesen.

www.ksta.de/stadtderzukunft

In der sechsten Folge am nächsten Dienstag, 5. Dezember, geht es um die "Schule der Zukunft".